

Protokoll Nr. 27 (2023-2027)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 18.11.2025 im Bürgerzentrum Neue Vahr als Hybridsitzung

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat

David Cyferkowski
Jens Emigholz
Dr. Tim Haga
Bernd Siegel
Nikolai Simson (online)
Dennis Waschitzek

Jens Diestelmann
Ernst-Martin Exner
Anja von Hagen
Oliver Saake (online)
Susanne Stehr-Muhrmann
Helmut Weigelt

b) vom Ortsamt

Sarai Auras
Ralf Möller

c) als Gäste

Zu TOP 2: Silke Frey (Amt für Soziale Dienste (AfSD))
Zu TOP 3: Sylvia Huschke (AfSD)
Zu TOP 4: Ayman Alissa (AWO; Jugendhütte Vahr), Wiebke Jopp (VAJA e.V.), Lilli Kubon (Jugendforum Vahr), Murat Kul (Bürgerzentrum Neue Vahr), Claudia Poppe (DRK; Freizei Rotes Haus), Janna Santander Voß (BEH; Freizei Bispinger Straße), Burkhard Schröder (AWO), Kristina Schuster (Evangelische Kirchengemeinde in der Neuen Vahr)

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Das Protokoll Nr. 26 der Beiratssitzung am 07.10.2025 wird genehmigt. Die Tagesordnung wird ebenfalls genehmigt.

Tagesordnung

1. Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten
2. WiN-Anträge
3. OKJA-Mittelvergabe 2026
4. Vorstellung Jugendeinrichtungen der Vahr
5. Verschiedenes

TOP 1: Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen der Ortsamtsleitung

Ralf Möller teilt Folgendes mit:

- Der Umweltbetrieb Bremen habe Kostenschätzungen für Maßnahmen zu Baumstandortverbesserungen in der Vahr vorgelegt.¹ In Kürze werde das Verfahren einer öffentlichen

¹ Hintergrundinformationen können abgerufen werden in dem [Protokoll Nr. 11](#) (TOP 4) der Sitzung des Fachausschusses „Verkehr, Umwelt und Klimaschutz“ am 24.06.2025 mit der Anlage 4 [Umweltbetrieb Bremen \(UBB\) - Anschreiben zum Baumpflanz-Förderprogramm "Natürlicher Klimaschutz in Kommunen"](#).

Ausschreibung beginnen. Falls es noch weitere Maßnahmenvorschläge aus dem Beirat gebe, müssten diese zeitnah mitgeteilt werden.

- Zur Ampelschaltung für den Fußverkehr in der Straße In der Vahr: Das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) habe mitgeteilt, dass diese und weitere umliegende Lichtsignalanlagen im Verbund geschaltet seien und die Schaltung unter anderem von den Schichtwechseln der bei Mercedes Benz Angestellten abhängig sei. Das ASV habe eine gesamtheitliche Überarbeitung der Lichtsignalanlagen für das kommende Jahr angekündigt.
- Im Zuge der Fertigstellung der Baumaßnahme des Kreuzungsbereichs Kurt-Schumacher-Allee/ Karl-Kautsky-Straße habe es vor einiger Zeit zwei große Verkehrsstaus gegeben. Ursächlich sei eine defekte Ampelschaltung im Zusammenhang mit der Baumaßnahme gewesen.

TOP 2: WiN-Anträge

Silke Frey stellt die vorliegenden Anträge im Rahmen des Programms „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) und Vorschläge im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ für das Jahr 2026 vor.² Für ab Februar 2026 beginnende WiN-Projekte seien knapp 60.000 € reserviert. Daneben gebe es eine Reserve von 10.300 €.

Der Beirat nimmt wohlwollend Kenntnis.

TOP 3: OKJA-Mittelvergabe 2026

Sylvia Huschke gibt eingangs bekannt, dass künftig sozialpädagogische Spielkreise nicht mehr über die Bildungsbehörde finanziert würden. In der Vahr sei das Haus der Familie mit drei Spielkreisen betroffen. Über diese Spielkreise seien fehlende Kita-Plätze aufgefangen worden. Sie setze sich dafür ein, dass die Spielkreise bis zum Ende des laufenden Kita-Jahres aufrechterhalten werden können, um bis dahin hoffentlich anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Für die bestehende Eltern-Kind-Gruppe gehe sie davon aus, dass eine anderweitige Finanzierung ermöglicht werden könne.

Anschließend stellt Sylvia Huschke die vorgesehene Verteilung der Mittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) vor und bittet den Beirat um anschließende Zustimmung:³

Es gebe drei große Einrichtungen in der Vahr, die institutionell gefördert würden. Die Antragssummen dieser Einrichtungen sei insgesamt höher als im Vorjahr ausgefallen. Unter anderem seien teilweise die ab 2027 vorgesehenen erhöhten Standards berücksichtigt worden. Das bedeute in diesem Fall die Einberechnung von zwei Vollzeitäquivalenten (VZÄ) je Einrichtung. Somit seien die Anträge der Träger für das kommende Jahr um etwa 100.000 € überzeichnet. Der Jugendhilfeausschuss habe die Höhe der Zuwendungen für das Jahr 2026 nicht angepasst, sodass den Stadtteilen die gleichen Summen wie im vergangenen Jahr zur Verfügung stünden. In der Sitzung des Controlling-Ausschusses am 06.11.2025 habe es zunächst Bestrebungen gegeben, die Personalausstattung in den jeweiligen Freizeiteinrichtungen gleichmäßig zu reduzieren und die Zuwendungen für die Projekte nicht zu verringern. Da sich eine entsprechende Reduzierung als schwierig erwiesen habe, sei schließlich der Vorschlag unterbreitet worden, die Verteilung vom vergangenen Jahr zu übernehmen und die Kirchengemeinde möglicherweise über (Jugend-)Globalmittel zu finanzieren. Bei den beiden Projektanträgen von VAJA e.V. und des Bürgerzentrums habe sich eine kleine Änderung gegenüber dem Jahr 2025 ergeben: VAJA habe für 2026 weniger Mittel beantragt; das Bürgerzentrum würde hingegen geringfügig mehr Mittel erhalten.

Diesen Vorschlägen hätten sich alle Beteiligten angeschlossen. In der Abstimmung hätten vier Stimmberechtigte für den Vorschlag und zwei dagegen gestimmt. Die Gegenstimmen hätten sich nicht gegen die Verteilung gerichtet, sondern gegen die Höhe der zur Verfügung gestellten Finanzmittel.

² Die Übersicht der Anträge ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

³ Die Übersicht der vom Controlling-Ausschuss beschlossenen Mittelverteilung ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

Bernd Siegel erinnert daran, dass es zuletzt im Jahr 2024 eine Erhöhung der OKJA-Mittel um sieben Prozent gegeben habe. Es fehlten 100.000 € – das seien fast 20 Prozent des Gesamtbudgets. Angesichts dieser Situation sehe er die Gefahr, dass die Betreiber*innen der Freizis bzw. das Personal wegbrechen könnten. Alle drei großen Einrichtungen sollten unbedingt bestehen bleiben und dies sollte nicht zulasten der kleinen Einrichtungen gehen. Mit den künftig vorgesehenen Anpassungen der Standards werde das Integrationsbudget wegfallen, welches besonders wichtig für den Stadtteil sei.

Sylvia Huschke erläutert zu den künftigen Änderungen der OKJA-Struktur, dass es künftig nur noch institutionelle Einrichtungen mit zwei, drei oder vier VZÄ geben solle, um die Einrichtungen zu stärken und eine bessere und verlässlichere Planbarkeit zu erzielen. Die Mittel sollten zudem künftig nicht mehr pro Stadtteil, sondern auf Sozialzentrumsebene zugeteilt werden. Bezugnehmend auf die Sozialindikatoren werde der Sockelbetrag je Stadtteil angepasst. Die Mittelverteilung erfolge dann in stadtteilübergreifenden Planungskonferenzen auf Ebene der Sozialzentren. In den Planungskonferenzen solle gemeinsam erörtert werden, welche Projekte bestehen und welche institutionellen Einrichtungen gefördert werden sollen, damit ein gut abgedecktes Feld an Freizeiteinrichtungen für Jugendliche zur Verfügung stehe. Den letzten Sitzungen der Controlling-Ausschüsse habe sie entnommen, dass in der Vahr keine Veränderungen erwünscht seien, weil die bestehenden Strukturen im Stadtteil, mit drei guten Einrichtungen und zwei langjährig geförderten Projekten, gut seien und viele Jugendliche angesprochen würden. In der ersten Planungskonferenz sei zu ermitteln, welche Möglichkeiten und welche Ziele bestünden.

Die Integrationsmittel und überregionale Mittel flössen in den Gesamtopf ein.

Auf Nachfragen antwortet Sylvia Huschke wie folgt:

- Im Januar 2026 werde voraussichtlich die erste Planungskonferenz stattfinden. Zur besseren Planungssicherheit würden sich die Mittelzusagen künftig auf zwei Jahre beziehen; die Anträge hingegen müssten wahrscheinlich weiterhin jährlich gestellt werden.
- Durch die vorgesehenen Neuerungen – mehr VZÄ statt Honorarkräfte – würden die Kosten zwar steigen, aber eine längerfristige Weiterfinanzierung nach den derzeitigen Standards sei nicht möglich.
- Die Jugendforen/-beiräte bzw. Jugendliche sollten an den Planungskonferenzen beteiligt werden. In welcher Form dies vorgesehen sei, sei ihr nicht bekannt.

Von Seiten der Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird Folgendes angemerkt:

- Sie alle seien in Unsicherheit und großer Sorge, da künftig nicht alle Freizeiteinrichtungen bestehen bleiben könnten.
Bei reiner Betrachtung der Zahlen sei zwar nachvollziehbar, dass Veränderungen erforderlich seien – es werde jedoch eine „Verschlimmbesserung“ für den Stadtteil befürchtet. Es bestehe die Gefahr, dass ohnehin fragile Strukturen wegbrächen, wenn Freizeiteinrichtungen schließen müssten oder sich bestehendes Personal andere Arbeitsplätze suche. Da eine sehr gute Vernetzung und Zusammenarbeit in der Vahr bestehe und gute Synergien vorhanden seien, führten Zusammenlegungen und Kürzungsprozesse dazu, dass noch mehr Jugendliche „hinunterfielen“.
- Generell seien nicht die künftig neu geltenden Einrichtungsstandards das Problem, sondern die nicht ausreichende Finanzierung.
Ein Mindeststandard werde benötigt, aber die Höhe der Mittel müsse angepasst werden – eine auskömmliche Finanzierung des Arbeitsfelds sei wichtig.
Zwei VZÄ je Einrichtungen seien einmal Standard gewesen; leider sei dieser schon lange nicht mehr realisierbar.
- Die Wertschätzung an der Kinder- und Jugendarbeit fehle. Die Anforderungen bzw. Erwartungen von Dritten seien hoch. Dem stünden – aufgrund der nicht auskömmlichen Finanzierung – begrenzte Personalressourcen gegenüber. Gleichzeitig nähmen die Probleme vieler Jugendlicher zu. Trotz aller Bemühungen könne man dem nicht gerecht werden und nicht alle Bedarfe decken.
- Es habe eine massive Veränderung der Jugendarbeit in sehr kurzer Zeit gegeben. Die vielfältigen Probleme der Jugendlichen hätten – vor allem seit der Corona-Pandemie –

zugenommen. Es gebe immer mehr Jugendliche, die von Schulen suspendiert würden, mehr psychische Probleme bei zugleich fehlenden Therapie-Plätzen, Ängste aufgrund aktueller Krisen, Aufklärungs-/ Gesprächsbedarfe rund um Themen „Sexismus“, „Rassismus“ etc. und es fehle an Medienbildung in Schulen. All diese Probleme müssten die Sozialarbeiter*innen auffangen, die nur noch als „Feuerwehr“ agieren könnten. Im Elternhaus oder in der Schule werde all dies nicht thematisiert und es sei keine Besserung in Sicht. Lilli Kubon ergänzt, dass auch von Seiten des Jugendforums ein hoher Bedarf an Medienbildung gesehen werde und in einem Gespräch mit dem Bürgermeister gemeldet worden sei. Frau Stehr-Muhrmann weist auf das Projekt „Gesunder Umgang mit Medien im Kindes- und Jugendalter“ hin, welches in einer Ausschusssitzung von der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e.V. vorgestellt worden sei und regt eine Kooperation zwischen den Freizeiteinrichtungen und der Gesundheitsfachkraft der Vahr an.⁴

Ralf Möller schlägt vor, das Thema in einem Fachausschuss zu befassen und Näheres vorab im Koordinierungsausschuss zu besprechen. Er regt an, dass das Jugendforum an dieser Sitzung teilnehmen könne. Der Beirat zeigt sich einverstanden.

Auf Nachfragen aus dem Gremium antworten die Vertretungen der Jugendeinrichtungen wie folgt:

- Viele der hauptamtlich Beschäftigten wären wieder bereit ihre Stunden aufzustocken, so dass kein Problem von nicht verfügbaren Arbeitskräften gesehen werde.
- Frau von Hagen stellt fest, dass keine übliche Freizeitgestaltung in den Einrichtungen mehr möglich sei und möchte wissen, ob auch die geänderten Bedarfe Bestandteil der Planungskonferenzen seien. Ggf. müssten ressortübergreifend anderweitige Hilfsangebote geschaffen und kommuniziert werden, die auf eine sozialtherapeutische/ medizinische Richtung abzielen.

Von Seiten der Träger wird darauf hingewiesen, dass sie oftmals die erste Anlaufstelle für Jugendliche und damit wertvoll und wichtig seien. Je nach Art der Problemstellung verfügen sie über entsprechende Informationen, an welche Stelle sich für eingehendere Hilfe gewandt werden könne.

- Bernd Siegel findet, dass die Vorgaben der Standards nicht zu Schließungen führen dürfen. Entweder würden deutlich mehr Mittel benötigt oder die Vorgaben müssten reduziert werden. Möglicherweise sei eine Fortführung mit 1,5 oder 1,75 Honorarkräften – anstelle der vollen zwei VZÄ – möglich.

Von VAJA wird angemerkt, dass Honorarkräfte nicht gänzlich die Probleme auffangen und nicht mit Fachpersonal gleichgestellt werden könnten.

- Die [Bremer Freikarte](#) zu streichen und die Mittel stattdessen den Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, wird als kritisch gesehen, da alle Kinder und Jugendliche von diesem Angebot profitieren könnten, auch diejenigen, die über kein oder wenig Taschengeld verfügen.

Ralf Möller lässt sodann über die vorgeschlagene Mittelverteilung abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

TOP 4: Vorstellung Jugendeinrichtungen der Vahr

Dieser TOP wurde weitestgehend in den TOP 3 integriert.

Lilli Kubon stellt das Jugendforum Vahr vor: Es bestehe aus einer Gruppe von etwa neun Jugendlichen. Um Mitglied zu werden, müsse man zwischen 13 Jahre und 21 alt sein, in der Vahr wohnen, zur Schule gehen oder seine Freizeit überwiegend dort verbringen. Das Jugendforum treffe sich einmal im Monat montags und verbringe daneben auch einen Teil seiner Freizeit zusammen. Es werde durch eine externe Fachkraft sowie durch das Ortsamt begleitet. Die Themen seien breit gefächert und würden frei nach den eigenen Interessen gewählt. Zum Beispiel würden die Jugendlichen in der kommenden Woche bei der [Nacht der Jugend](#) im Bremer Rathaus einen Sketch

⁴ Siehe [Protokoll Nr. 7](#) der Fachausschusssitzung „Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit und Senior*innen“ am 04.09.2025 mit der Anlage 1 [Präsentation Projekt: Gesunder Umgang mit Medien im Kindes- und Jugendalter](#).

zu dem Thema „Umgang mit Stammtischparolen“ vorführen. Zudem hätten sie festgestellt, dass in Schulen zu wenig im Bereich „Rassismus“ getan werde, auch wenn Schulen das Label „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ trügen. Daher finde im nächsten Monat ein erstes Austausch-Treffen mit den Vahrer Oberschulen zu diesem Thema statt.

TOP 5: Verschiedenes

Aus dem Gremium gibt es folgende Hinweise:

- Es sei viel Radverkehr ohne Licht unterwegs. Die Polizei wird um Überwachung gebeten.
- In der Müdener Straße, stadteinwärts, würden oftmals Kfz auf den Baumscheiben abgestellt. Herr Möller erwidert, dass bereits ein entsprechender Antrag des ADFC vorliege, der noch im Verkehrsausschuss behandelt werde.

Ralf Möller kündigt zum Abschluss folgende Termine an:

- Montag, 01.12.2025, 18:30 Uhr: Koordinierungsausschusssitzung;
- Dienstag, 16.12.2025, 19:30 Uhr: nächste Beiratssitzung.

Sprecherin

Sitzungsleitung

Protokoll

von Hagen

Möller

Auras